

Daniel Mullis
Der Aufstieg der Rechten
in Krisenzeiten



Daniel Mullis

Die Regression
der Mitte

**Der
Aufstieg
der
Rechten
in Krisen-
zeiten**

RECLAM

Dieses Werk wurde vermittelt durch Aenne Glienke | Agentur für
Autoren und Verlage, www.AenneGlienkeAgentur.de

2024 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen
Umschlaggestaltung: zero-media.net
Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG,
Gutenbergstraße 8, 93051 Regensburg
Printed in Germany 2024
RECLAM ist eine eingetragene Marke der
Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart
ISBN 978-3-15-011469-8

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de



Inhalt

Vorwort 7

Einleitung 13

Teil I: Verunsicherung und Krise 37

Finanz- und europäische Schuldenkrise 2008–2015 39

Konflikte um Migration ab 2015 44

Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 61

Die Rückkehr von Krieg und Klimakrise 81

Kulturkampf um Privilegien 117

Teil II: Im Wohnzimmer 127

Wo wir sind 130

»Schwere Zeiten« 135

»Entweder man hat es geschafft, oder man rutscht ab« 149

»Außer wählen geht nichts« 165

»Sie können Koffer schleppen« 185

Regressive Glückserwartungen 203

Teil III: Tiefenstrukturen 221

Multiplizierte Kontingenzerfahrungen 224

Die Herausbildung des Ich-Ideals 228

Regressive Individualisierung 257

Autoritäre Neoliberalisierung 265

Die Durchsetzung einer politischen Ordnung 269

Dimensionen neoliberaler Regression 284

Schluss 296

Anmerkungen 322

Literaturhinweise 330

Vorwort

Auf einer Vortragsreise treffe ich in Salzburg einen ehemaligen Dozenten, der seit einiger Zeit in Österreich nahe der deutschen Grenze lebt. Wir sitzen in einem Café in Bahnhofsnähe, es ist Herbst 2015. Die Spuren der Ereignisse der vergangenen Wochen sind noch deutlich zu sehen und erinnern mich an Fernsehbilder von Menschen, die in langen Schlangen auf ihre Weiterreise warten. Erst vor wenigen Tagen sind hier Tausende durchgekommen auf ihrem Weg über die Balkanroute nach Nordeuropa. In Österreich wie in Ungarn war die Stimmung längst in offene Feindseligkeit umgeschlagen, die Menschen sollten weiter, nicht bleiben, einfach weg. Die südlichen Grenzen der beiden Länder wurden jeweils bereits wieder streng kontrolliert, Zäune wurden errichtet. In Deutschland hingegen verlautbarte Kanzlerin Angela Merkel damals noch mutig: »Wir schaffen das«. Tausende standen im ganzen Land an den Bahnhöfen und nahmen die Ankommenden in Empfang, reichten ihnen Essen und spendeten Nothilfe. Die Willkommenskultur war echt und wurde gelebt.

Gleichzeitig zogen am Horizont, wenn man sie denn sehen wollte, die dunklen Wolken bereits auf. Zweieinhalb Jahre zuvor hatte sich im Gefüge der europäischen Schuldenkrise die Alternative für Deutschland (AfD) gegründet, und seit einem Jahr demonstrierten die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) in Dresden. Da die junge Rechtsaußenpartei 2013 den Einzug in den Bundestag noch verpasst hatte und Pegida zwar ein brisantes, aber eher lokales Phänomen blieb, bewertete ich im Gespräch die Gesamtsituation damals zumindest für die Bundesrepublik vorsichtig positiv. Für mich prägend waren die progressiven Erfahrungen der Willkommenskultur sowie die Aufbruchstimmung in den Jahren nach 2011 gewesen, die im Anschluss an den Arabischen Frühling die Welt erfasst hatte.

Für mein Masterstudium in der Humangeographie zog ich 2010 von Bern nach Frankfurt am Main. In Deutschland nahm ich zunächst eine andere Stimmung wahr als in der Schweiz, wo mit der Schweizerischen Volkspartei (SVP) eine Rechtsaußenpartei schon lange etabliert war. Während in ganz Europa Parteien am rechten Rand auf dem Vormarsch waren, schien mir dies in der Bundesrepublik schon aus historischen Gründen unvorstellbar. Im Winter 2015 begann sich die Situation jedoch zu verändern. Im Zuge der wachsenden Ressentiments gegen die neue Zuwanderung setzte die AfD in ganz Deutschland zum Aufstieg an, und auf der Straße formierten sich rechte soziale Bewegungen. Immer wieder eskalierte die Gewalt, landesweit brannten Hunderte Flüchtlingsunterkünfte, und bei rechts motivierten Anschlägen verloren seit 2015 nach Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung 36 Menschen ihr Leben. Gleichzeitig zeigte sich immer deutlicher, dass die Entwicklung nach Rechts nicht nur vom rechten Rand ausging, sondern dass sich auch in der Mitte der Gesellschaft Narrative zu verschieben begannen.

Um es konkret zu machen: 2016 waren es noch Politiker:innen der AfD, die dafür warben, notfalls an der Grenze auf Menschen auf der Flucht zu schießen, 2023 ist es Jens Spahn, ehemaliger Gesundheitsminister und Spitzenpolitiker der CDU, der offen für »physische Gewalt« plädierte. Coronapandemie, Kriege und Klimakrise haben die Stimmung in den vergangenen Jahren angeheizt, die Verunsicherung hat zugenommen, und etwas Rohes kam zum Vorschein. Schon bald nach dem Treffen in Salzburg musste ich also eingestehen, dass ich mit meiner Einschätzung falsch gelegen hatte. Immer wieder denke ich an dieses Treffen zurück und versuche, die damalige Stimmung einzufangen. War ich zu naiv, oder war es meine Unkenntnis Deutschlands, die mich fehlgeleitet hatte, oder hatte sich grundlegend etwas geändert? Mit Sicherheit war es in Teilen meine Unkenntnis, zugleich haben sich offensichtlich zwar langsam, aber sicher Dinge verändert. Und so stehen wir heute vor tiefgreifenden

politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen mit noch offenem Ausgang.

Dieses Buch ist Ergebnis meiner Bemühungen zu verstehen, was in der Mitte der Gesellschaft passiert ist, dass die Rechte derart erstarken konnte. Grundlegend ist die Forschungsarbeit am Projekt »Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarren regressiver Politiken. Abstiegsängste, Urbanisierung und Raumproduktionen in Frankfurt am Main und Leipzig«. Aufgenommen habe ich diese Arbeit am Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF) 2017, im Jahr darauf kam Paul Zschocke im Rahmen der Vorbereitungen für seine Promotion dazu. Seit Sommer 2021 wird das Forschungsvorhaben von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. In ausgewählten Stadtteilen von Frankfurt am Main und Leipzig gingen wir den sozialen Dynamiken, Konflikten und Glückserwartungen nach, in deren Gefüge sich der Aufstieg der Rechten vollzog und weiter vollzieht. Dabei fokussierten wir bewusst auf die sogenannte Mitte und befragten Menschen aller politischen Couleurs. Was zutage trat und was ich hier als *Regression der Mitte* beschreiben werde, beunruhigt mich zutiefst, zumal klar wurde, wie stark das rechte Rauschen die Gesellschaft mittlerweile durchzieht.

Ich schreibe dieses Buch ohne erhobenen Zeigefinger, ohne Anklage. Es geht mir nicht darum, jemanden zu entlarven, sondern darum, gesellschaftliche Dynamiken offenzulegen. Dynamiken im Übrigen, die mir mitnichten fremd sind und von denen ich mich nicht gänzlich frei fühle. Ich bin davon überzeugt, dass nur das Wissen um die Verfasstheit der Gegenwart und die ihr immanenten Krisendynamiken dabei helfen kann, sich als Gesellschaft und individuell der Regression und dem damit einhergehenden Erstarren der Rechten zu widersetzen.

Ich bin nicht in Deutschland aufgewachsen, und obwohl die Schweiz nicht weit ist und ich das Privileg habe, qua Hautfarbe, Sprache, Bildung sowie kulturelle Zuschreibungen und auch aufgrund meines Geschlechts fast vollständig in der Mitte der

Gesellschaft aufzugehen, bleibt mein Blick in gewisser Weise doch immer geteilt. Vieles – und mehr, als ich selbst gedacht hatte – musste ich mir aktiv erarbeiten, kollektive Normen und Codes waren mir nicht unmittelbar verständlich, was für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung Vor- und Nachteile hat. Obwohl ich inzwischen zu lange in Deutschland lebe, um einen Blick von außen beanspruchen zu können, bleibt der migran-tischen Erfahrung ein vergleichender Gestus, der Erklärungsbedarf sieht und Reflexion befördert, dennoch stets eingeschrieben. Prägend für meine Perspektive ist zudem, dass ich mit Frankfurt am Main eine weltoffene und plurale, aber sozial tief gespaltene Stadt mein Zuhause nenne. In den vergangenen Jahren habe ich aus familiären Gründen vor allem auch den Osten Deutschlands kennengelernt, so dass mir die mecklenburgische Seenplatte näher liegt als das Saarland. Ohne diese Bezüge hätte ich mir nicht zugetraut, die Perspektive zu öffnen und eine west- und eine ostdeutsche Großstadt nebeneinanderzustellen.

Die Arbeit am Projekt fiel in turbulente Zeiten. Die Bewältigung der Pandemie mit kleinen Kindern sowie die anschließend nicht endenden Krankheitswellen brachten unser System als berufstätiges Elternpaar immer wieder an den Rand des Zusammenbruchs. Die Erschöpfung war spürbar und anhaltend. Die Danksagung beginne ich daher bei meiner Partnerin. Danke für den gemeinsamen Weg und die gegenseitig gewährten Möglichkeiten, ich weiß das sehr zu schätzen. Ein besonderer Dank für die gemeinsame Arbeit am Projekt gilt Paul Zschocke, der auch die empirische Arbeit in Leipzig durchgeführt hat: Ohne die kontinuierlichen Diskussionen wäre weder Projekt noch die Arbeit am Buch so produktiv gewesen, ich habe viel gelernt. Hilfreich waren auch die gemeinsamen Publikationen mit Judith Miggelbrink, *Lokal extrem Rechts* sowie das Special Issue *Rechte Raumnahme*. Als analytisch schärfend erwies sich zuletzt der Austausch mit Maximilian Pichl sowie Vanessa Thompson zu den aktuellen autoritären Dynamiken. Unbedingt zu nennen ist das Engagement der studentischen Hilfskräfte Darius Rein-

hardt, der seine Masterarbeit im Projekt verfasste, sowie Timo Wenninger und Ronja Stiep, die beide wichtige Recherchen und Kommentare beigesteuert haben. Gleiches gilt für die beiden PRIF-Praktikant:innen Lucas Geilen und Hannah Friedrich. Für kritische und präzise Kommentare zum Manuskript geht mein Dank an Mona Klöckner, Sebastian Schipper, Susanne Mullispum, Valentin Domann und Veronika Duma sowie die Teilnehmer:innen des Kolloquiums am PRIF und jenem der Kritischen Geographie am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität. Sehr hilfreich waren auch die gemeinsamen Diskussionen im Rahmen eines zweitägigen Auswertungsworkshops im August 2023 sowie die Gespräche bei den Treffen des DFG-Netzwerks »Territorialisierungen der radikalen Rechten« seit 2021. Der DFG gebührt Dank für die finanziellen Mittel, und meinen Kolleg:innen am PRIF möchte ich für das sehr produktive und angenehme Arbeitsumfeld Dank aussprechen. Ein besonderes Dankeschön geht selbstverständlich auch an alle im Folgenden anonym bleibenden Personen, die bereit waren, mit mir zu reden und sich dafür Zeit genommen haben – ich weiß das sehr zu schätzen. Ohne meine Agentin Aenne Glienke und das großartige Lektorat und die gute Betreuung beim Verlag wären einige Unwägbarkeiten keinesfalls so gut lösbar gewesen, ein herzliches Dankeschön auch für diese Unterstützung. Abschließend an euch, liebe beide Kinders, danke für euer Lachen, die Hoffnung und die Erinnerung daran, dass es sich nicht nur lohnt, sondern notwendig ist, für ein demokratisches Morgen einzustehen.

Frankfurt am Main, Januar 2024

Einleitung

»Was fehlt, ist eine Theorie darüber, wie Akteure in unterschiedlichen Situationen sich selbst verstehen, was sie als das betrachten, was ihnen zusteht, was sie von ihren Vorgesetzten und Machthabern erwarten und was sie zu politischem Handeln veranlasst.«

Nancy Fraser im Dialog mit Rahel Jaeggi 2020, S. 173

Es ist Sommer 2022, ich sitze bei Frau Becker (No6/22)¹ im Wohnzimmer, in einem Stadtteil etwas außerhalb des Zentrums von Frankfurt am Main. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine tobt seit einigen Monaten, und der Klimawandel ist angesichts des Dürresommers allgegenwärtig. Debatten über Waffenlieferungen und Fluchtbewegungen aus der Ukraine, explodierende Energiepreise, den Umbau von Hartz IV zum Bürgergeld sowie um Gendersprache und eine angebliche Cancel Culture prägen die Kommentarspalten. Kaum noch Erwähnung hingegen finden die anhaltend hohen Corona-Fallzahlen. Die Pandemie hat im Alltagsleben der meisten kaum noch Relevanz.

Frau Becker und ich haben uns für ein Interview verabredet. Ihr Mann fragt mich, ob mein Fahrrad gut abgeschlossen sei, hier werde alles gestohlen, und zieht sich dann zurück. Meine Gesprächspartnerin ist in Rente, Mitte 60, und wählt überwiegend die Grünen, aber auch mal die SPD. Sie wohnt mit ihrem Mann im Eigenheim. Eigentlich wohne sie gerne im Viertel, aber es gehe bergab. Seit der Wohnblock nebenan von einem ehemaligen großen Staatsunternehmen an ein Immobilienunternehmen verkauft wurde, verkomme die Anlage. Sie sagt es nicht offen, aber es wird deutlich: Sie gibt der Armut und der mutmaßlich ausländischen Herkunft der Bewohner:innen des Blocks die Schuld am Niedergang. Die Erfolge der AfD im Stadtteil hat sie

wahrgenommen, kann sie sich aber nicht erklären. Sie habe »keinen Kontakt mit diesen Leuten«. Auf einem Mast in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft weht eine Fahne des Deutschen Reichs. Für Frau Becker (No6/22) ist die Welt nicht mehr so klar sortiert, wie sie es einst war. Deutschland habe für »Pünktlichkeit, für Zuverlässigkeit und gute Architekten, gute Planung« gestanden, heute könne man nicht mal mehr mit der Bahn nach Berlin fahren, ohne eine Stunde Verspätung zu haben.

Ortswechsel. Herr Uhlig (Go8/22) sitzt in seiner Wohnung in Leipzig-Grünau, eine der größten Großwohnsiedlungen aus Zeiten der DDR. Er ist seit sechs Jahren in Rente und wohnt seit fünf Jahren im Stadtteil. Er und seine Frau seien vom Land bewusst hergezogen, und er sei »hellauf begeistert«. Klar gebe es Flecken, die nicht so schön seien, aber es sei sehr grün und die Nahversorgung noch gut. Im Leben hat er einiges durchgemacht, gerade die Wende 1989/90 beschreibt er als Zäsur. Da habe sich »alles verändert«, insbesondere die sicher geglaubte berufliche Laufbahn nach Ausbildung und Studium sei dahingewesen. Er habe sich dann durchgeschlagen, wirklich zufrieden sei er nicht mehr. Seinen Kindern hingegen gehe es gut, berichtet er nicht ohne Stolz. Er stört sich daran, dass sich Politik »um Großkonzerne« kümmere, wohingegen »bei sozialen Projekten um jeden Pfennig« gestritten werde. Regelrecht empört ist er über das Handeln der Bundesregierung im Ukrainekrieg. Putin habe widerrechtlich angegriffen, sicher. Aber alleinige Schuld? Nein, Schuld habe die NATO genauso, und in Deutschland werde nur einseitig berichtet. Er sagt dann, er fühle sich heute so unwohl wie in seinem »ganzen Leben noch nicht«, und es sei wie zu DDR-Zeiten: »Es hat sich nichts verändert, es ist nur alles anders geworden.« Zur Zuwanderung von Menschen, die auf der Flucht ab 2015 nach Deutschland kamen, sagt er: »Wir können uns nicht verschließen«, aber alle hätten sich an die Regeln zu halten, und dies sei leider allzu oft nicht der Fall. Seine Ressentiments, die immer wieder durchkommen, fallen ihm selbst auf, und er korrigiert sich. Stellt dann aber auch klar,

dass »man heute bald mehr aufpassen« müsse, wie man Dinge formuliert, als vor der Wende. Gewählt habe er als ehemaliges SED-Mitglied früher PDS beziehungsweise Die Linke. Heute fühle er sich politisch heimatlos, wähle aber noch aus Routine. Mit den Parteien habe er insgesamt abgeschlossen. Er habe überlegt, die Alternative für Deutschland (AfD) zu wählen, es dann aber verworfen. Mit jemandem wie Björn Höcke wolle er nichts zu tun haben.

Solche Geschichten bekomme ich in den Gesprächen, die für dieses Buch in Frankfurt am Main und Leipzig geführt wurden, häufig zu hören. Gesprochen wurde mit Anwohner:innen von Stadtteilen, in denen die AfD in den letzten Jahren erfolgreich war. Gefragt wurde danach, wie es den Menschen vor Ort geht, wie sie ihren Alltag erleben, was sie als Krisen deuten und was sie stört. Die Gesprächspartner:innen verknüpfen ihre lokalen und biographischen Erfahrungen mit Geschichten vom Hörensagen sowie mit allgemeinen gesellschaftlichen Prozessen. Es gibt gewichtige Unterschiede zwischen den Erzählungen, wie immer, wenn man länger mit Menschen spricht. Auf einer allgemeineren Ebene jedoch ähneln sie sich. Es geht um den schlechten Zustand der Demokratie und die Erfahrung von politischer Machtlosigkeit; um Vorbehalte gegenüber Zuwanderung, die sich mit Sorgen um den eigenen Statusverlust vermengen. Immer wieder werden die Krisen von Pandemie, Krieg und Klimawandel als große Herausforderungen angesprochen.

In Frankfurt sind die Gespräche von einer gewissen Ernüchterung darüber geprägt, dass sich das deutsche Wohlstandsmodell nicht mehr auszahle. In Leipzig, wo die Menschen durch die Wende bereits einen einschneidenden Bruch erlebt haben, scheinen sich viele meiner älteren Gesprächspartner:innen damit arrangiert zu haben, dass es keinen Aufstieg für sie geben wird. Umso stärker ist der Blick zurück in die DDR, in der mit Ausbildung und Studium noch Möglichkeiten und Sicherheiten einhergegangen seien. Bei jüngeren Menschen ist diese Empfindung weniger ausgeprägt, für sie ist die Erzählung vom geeinten

Deutschland als Möglichkeitsraum weit gewichtiger. Umso größer ist die Enttäuschung, wenn es dann doch nicht klappt.

Jeweils zum Schluss der Gespräche wurden die Menschen gefragt, was sie sich für die Zukunft wünschten. Wenn überhaupt etwas genannt wird, dann Normalität, Planbarkeit und Stabilität. Es solle wieder so sein, wie es einst war. Dass die Vergangenheit so, wie man sie sich vorstellt, niemals war, ist zweitrangig, es geht primär um die Imagination einer sozialen Ordnung und Machtverteilung, in der man selbst obenauf ist. Verkannt wird in solchen Ausführungen grundsätzlich, wie ausschließend und ungerecht sowie im Falle der DDR autoritär diese ersehnte Normalität einst war.

Die Menschen, deren Geschichten ich hier aufgreife und einordne, wissen um die Problemlagen der Zeit. Deutlich wird aber auch, dass die Erfahrung, nicht gehört zu werden, politisch nicht von Gewicht zu sein, heute zunehmend die Milieus der deutschen Mitte erreicht, also jene Milieus betrifft, die lange Zeit dachten, dass die Welt für sie gemacht sei und es für sie kein Ungemach gebe. Politisch reagieren sie unterschiedlich: Manche wählen schlicht stoisch weiter, wen sie immer schon gewählt haben, obwohl sie bitter enttäuscht sind; andere wählen mal die einen, mal die anderen, und engagieren sich vor Ort, weil sie dies als sinnvoller erachten; manche ziehen sich ganz zurück, wollen mit Politik nichts mehr zu tun haben; und ein Teil wendet sich der Rechten zu. Um es klar zu sagen: Enttäuschung oder gar Wut sind keine Einbahnstraßen nach Rechtsaußen und somit auch keine Entschuldigung für den Hass, dem ich bisweilen begegne. Woran es in den Erzählungen eindeutig mangelt, sind (kollektive) politische Visionen. Viele suchen individualisiert nach Lösungen für die gestellten Herausforderungen, und die Frustration nimmt zu, wenn diese – wie allzu oft – nicht zu finden sind. An dieser Stelle vermag die Rechte mit ihren ressentimentgeladenen Erzählungen und dem damit verbundenen Versprechen, Normalität und Ordnung wiederherzustellen, zu punkten; sie gewinnt für die Menschen eine gelebte Plausibilität.

Regression der Mitte?

Lassen wir die mannigfachen Krisen der 2010er und der ersten Hälfte der 2020er Jahre Revue passieren, dann wird deutlich, dass sich parallel dazu regressive Muster in der Mitte der Gesellschaft verstärkt haben und zugleich die politische Rechte deutlich erstarkte. Die soziale Ordnung der *Spätmoderne*, die ab den 1970er Jahren eng mit dem Projekt der Neoliberalisierung verbunden ist, hat noch lange von sozialen Garantien und Normalitätsvorstellungen der *organisierten Moderne*, die als Industriegesellschaft ab den 1920er Jahren dominierte, profitiert.² Der Sozialstaat und die kollektive Absicherung stifteten den nötigen sozialen und emotionalen Halt, um sich auf die Individualisierung der Zeit sowie der forcierten wirtschaftlichen Konkurrenz einzustellen. Es waren ideelle, materielle und strukturelle Relikte der Vergangenheit, die als doppelter Boden dienten, damit die Menschen sich auf die gesteigerte Unsicherheit und Pluralisierung der Spätmoderne einlassen konnten (Charim 2018, S. 81).

Diese Sicherheiten sind heute im Zuge des Sozialabbaus, der Prekarisierung und der Beschränkung auf die Kleinfamilie als soziale Zelle der Reproduktion faktisch im Verschwinden begriffen.³ Das hat Konsequenzen für das Individuum, aber auch – und das wird oft vergessen – für den Möglichkeitsraum, in dem sich Gesellschaft als Kollektiv formieren kann. Die Folgen sind nicht nur Austritte aus Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, sondern eine Veränderung des Terrains insgesamt, auf dem sich Politik als eine auf Gesellschaft gerichtete Praxis entfalten kann. Die Konsequenz: Genau zu jenem Zeitpunkt, wo die Krisen der Zeit und insbesondere die Klimakrise kollektives und solidarisches Handeln erfordern, dominiert eine Ideologie, die dem fundamental im Wege steht. Dies dürfte, wenn dereinst zurückgeblickt wird auf unsere Epoche, als eine wesentliche Verheerung des Neoliberalismus beschrieben werden.

Die Finanzkrise und deren gesellschaftliche Auswirkungen lösten laut dem Soziologen Stephan Lessenich (2022, S. 37–39)

die heute spürbaren Normalitätsverschiebungen sowie den damit verbundenen Aufstieg der Rechten in Deutschland aus. Er hat damit nicht unrecht, aber es stimmt so zugespitzt vor allem für Westdeutschland. Im Osten sind die Erfahrungen von Brüchen und Unsicherheiten tiefer in die kollektiven Erinnerungen eingeschrieben und werden mit der Wende verbunden (Mau 2019). In beiden Fällen stimmt jedoch, dass die große Zahl an Menschen, die 2015/16 in Deutschland Schutz suchten, aber auch die Coronapandemie, die Rückkehr eines konventionellen Krieges mitten in Europa, Inflation und Wirtschaftskrise sowie die Akzentuierung der Klimakrise die kollektive Verunsicherung deutlich verschärften. Zunehmend treten Konflikte um Privilegien, Gewohnheiten und kulturelle Normen in den Vordergrund. Über Deutschland hinausblickend diagnostiziert die Philosophin Nancy Fraser (2022; Herv. i. O.), dass die Entwicklungen der letzten Jahre ein »wachsendes Bewusstsein dafür« geschaffen hätten, »dass wir nicht mehr mit *business as usual* weitermachen können«. Dieses Gefühl führe aber allzu oft »zur Unterstützung autoritärer und chauvinistischer« Politiken. In diesem Gefüge sieht der Kultursoziologe Andreas Reckwitz (2020 [2006], S. 16–18) Anzeichen dafür – so schreibt er im Vorwort der Neuausgabe von *Das hybride Subjekt* –, dass die Gesellschaft den Auszug aus der Moderne angetreten haben könnte und eine grundlegend veränderte Weise der Vergesellschaftung sich abzeichne. Ob dem so ist, wird sich zeigen; auf jeden Fall befinden wir uns mitten in einer historischen Phase gesellschaftlicher Neuaushandlungen.

Was mich interessiert, ist der Umgang der sogenannten Mitte der Gesellschaft mit den Veränderungen samt ihren Herausforderungen. Dieses Buch handelt von der wachsenden Anziehungskraft autoritärer und ressentimentgeladener Haltungen sowie dem Aufstieg der politischen Rechten. Im Zusammenhang mit der Etablierung der AfD in der politischen Landschaft wurde in den vergangenen Jahren viel über diese Verschiebungen geschrieben und intensiv über Ursachen debattiert.⁴ Die

politischen Entwicklungen seit der Bundestagswahl 2021, die einerseits durch stark steigende Umfragewerte der AfD und andererseits durch einen verschärften rechten Kulturkampf der Unionsparteien einschließlich einer starken Kritik an den Grünen und links-grünen Lebensmodellen gekennzeichnet sind, haben die medialen Debatten geprägt und die Suche nach den Ursachen zusätzlich belebt.

Ich knüpfe an diese Diskussionen an, sie bieten wichtige Referenzen. Allerdings werde ich in diesem Buch die Blickrichtung ändern: Anstatt, wie zumeist, von der Rechten ausgehend die Frage zu stellen, wie diese in die Mitte vordringt, befasse ich mich mit der Mitte der Gesellschaft. Ich betrachte damit den Teil der Gesellschaft, der für sich in Anspruch nimmt, die *Mitte* zu sein, und blicke von dort nach Rechts. Sehen werden wir im Verlauf des Buches, dass die Mitte zwar nicht von Rechts eingenommen ist, sie aber längst nicht mehr als *Garantin der Demokratie* gelten kann. Und zwar nicht, weil die Mitte den »Extremisten zum Opfer fällt«, wie es etwa Extremismusexpertin Julia Ebner (2023) formuliert, sondern weil in der Mitte selbst regressive Prozesse im Gange sind, die rechte Politiken begünstigen. Leitend ist für mich folglich die Frage nach Prozessen, die der Mitte der Gesellschaft eingeschrieben sind, die die Rechte anschlussfähig und ihre Erzählungen plausibel machen sowie zugleich die Spielräume für progressive Politiken verengen. Dafür fokussiere ich auf artikulierte Krisenbefunde, Befindlichkeiten und Glückserwartungen. Diese gilt es zu verstehen, wenn Wege gefunden werden sollen, mit progressiven Antworten zu den Menschen durchzudringen.

Zentral ist dabei der Begriff der *Regression*.⁵ Er wurde jüngst immer wieder aufgegriffen, um rechte Dynamiken und ihre Tiefenprozesse in der Gesellschaft zu beschreiben.⁶ Insbesondere berufe ich mich auf die Überlegungen des Philosophen Étienne Balibar, die er im Kontext seiner Arbeiten zu Staat, Rassismus und Klasse sowie insbesondere Demokratie entwickelt. Die Demokratisierung der Moderne, die mit den großen Revolutionen

Ende des 18. Jahrhunderts einsetzte, ist für Balibar (2012, S. 17) »im Wesentlichen als doppelte Einheit von Gegensätzen« zu verstehen. Sie beinhalte zum einen die Gleichsetzung von *Mensch* und *Bürger* und zum anderen, im Folgenden von größerer Relevanz, jene von *Gleichheit* und *Freiheit*, die er zusammenfallend als *Gleichfreiheit* beschreibt. Erstere schließe die Kluft zwischen Menschen- und Bürgerrechten (ebd., S. 86 f.), indem postuliert wird, dass, wer Menschenrechte genießt, auch die Rechte eines demokratischen Gemeinwesens in Anspruch nehmen kann. Die zweite, die *Gleichfreiheit*, weist darauf hin, dass wirkliche politische Freiheit nicht ohne soziale Gleichheit zu haben ist (ebd., S. 91–94). Damit sei in den Auseinandersetzungen der Zeit das demokratische Versprechen auf politische Teilhabe sowie jenes der sozialen Gerechtigkeit gleichermaßen in die Welt gesetzt worden. Dieses Streben zeigt sich, so sagt Balibar mit Verweis auf Jacques Rancière (2002 [1995], S. 24), einen weiteren zeitgenössischen Philosophen, im Aufbegehren jener, denen die Gleichfreiheit vorenthalten wird. Im Kampf derer, die nicht gehört werden und für ihren Anteil an Gesellschaft aufbegehren müssen. Der politische Akt besteht darin, dass die Ausgeschlossenen sagen (ebd., S. 18–41): »Wir sind auch ein Teil von eurem Ganzen, Teil der Gemeinschaft, Teil derer, die Gleichfreiheit verdienen. Und euer Ganzes ist nicht zu haben ohne uns, weil ihr sonst eure eigene Demokratie mit Füßen tretet.«

Die aus der demokratischen und sozialen Teilhabe Ausgeschlossenen wenden damit das normative Prinzip der Demokratie gegen den formal existierenden Ausschluss. So wurde in langen Auseinandersetzungen Schritt für Schritt der demokratische Raum geöffnet, zuerst nur für wohlhabende Männer, dann auch für andere Stände, dann für Frauen und letztlich über das Staatsbürgerschaftsrecht auch für Zugewanderte. Dieses demokratische Register der Ausdehnung, der Inklusion, der Chancengleichheit, des solidarischen Bezugnehmens bestimme ich als *progressiv* (Dubiel 1994, S. 206 f.). Zentral ist, dass damit der normative Kern der Demokratie an Werte wie kollektive Selbst-

bestimmung und an die Achtung von Grund- sowie Menschenrechten gekoppelt wird.⁷ So verstanden ist Demokratie mehr als ein formaler Prozess der politischen Entscheidungsfindung in Parlamenten, von freien Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltentrennung. Sie ist im Sinne Balibars stets auch ein normativer Horizont, an dem sich die formale Ordnung auf ihren demokratischen Gehalt messen lassen muss.

Das Gegenteil der progressiven Bewegung ist die *Regression*. Sie basiert im weitesten Sinne auf der Logik der Schließung von Prozessen der sozialen und demokratischen Teilhabe. Die Sozialpsychologin Vera King (2021, S. 88) beschreibt sie als »gesellschaftliche und politische Rückentwicklung, aber auch [als] soziale und psychische Desintegrationsphänomene«, womit auch ein »Rückgang der Affektkontrolle und selbstverständlichen Achtung der Mitmenschen« (ebd., S. 90) einhergehe. Für Balibar geht Regression mit der Verteidigung von Privilegien einher. Gesichert werde die Exklusivität der Zugänge und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und individuellen Gestaltung (Balibar/Wallerstein 1990 [1988], S. 271). Zumeist verläuft diese Verteidigung entlang der Kategorien *class*, *race*, *gender* und äußere sich daher in einer Abwertung armer Menschen sowie rassistischer und antifeministischer Politiken. Mit *Regression* bezeichne ich folglich Handlungen, Einstellungen und Affekte, die vermeintliche Privilegien von Etablierten durch den Ausschluss anderer verteidigen beziehungsweise die Re-Installation von ehemals gewährten Privilegien fordern.

Seit den Arbeiten von Max Horkheimer und Theodor Adorno (2017 [1944]) ist bekannt, dass auch die moderne kapitalistische Gesellschaft Unfreiheit, Autoritarismus und Faschismus zu produzieren vermag, dass es eben keine Garantie auf ›Fortschritt‹ und Zivilisierung gibt. Damit ist der von mir gewählte Begriff der Regression nicht zeitlich bestimmt. Regression ist kein Zurück in die Vergangenheit, sie ist immer eine Reaktion auf das Jetzt. Insofern ist sie der Zukunft zugewandt, auch wenn sie eine Zukunft impliziert, die ein Mehr an Ungleichheit, Ausgrenzung

und Gewalt beinhaltet. Was heute angesichts der multiplen Krisenerfahrungen und insbesondere der Klimakrise deutlich wird, ist, dass Regression kein aktives Zurück bedeuten muss. Es reicht schon der Stillstand, wenn die nötigen Schritte nicht mehr getan werden, um das bestehende Maß an Gleichfreiheit zu halten.

Einer meiner zentralen Befunde ist, dass wir gegenwärtig mit einer *Regression der Mitte* konfrontiert sind. Dabei bleibt das politische Spektrum zwar erhalten und Parteien Rechtsaußen gewinnen nicht notwendigerweise die Mehrheit – obschon sie es in manch ostdeutscher Region bereits tun –, aber das Parteienspektrum verschiebt sich insgesamt, was sich wohl am deutlichsten daran zeigt, dass konservative Parteien der Mitte nach Rechts rücken. Regression der Mitte bedeutet aber auch, dass progressive Transformationen grundsätzlich schwieriger werden, weil ihre Fürsprecher:innen nicht gehört werden und der progressive normative Gehalt der Demokratie ausgehöhlt wird, bis die formal fortbestehende Demokratie auf eine postdemokratische Verwaltung reduziert wird. Diese regressiven Tendenzen sind auf der einen Seite der neoliberal-kapitalistischen Vergesellschaftung sowie der spezifischen Krisenbearbeitung von Rechts anzulasten, die auf den Erhalt von Herrschaft und Privilegien zielt. Sie bilden auf der anderen Seite aber auch die Voraussetzung für Raumgewinne der radikalen Rechten.

Gewiss ist der Literaturwissenschaftlerin Carolin Amlinger und dem Soziologen Oliver Nachtwey (2022, S. 98) zuzustimmen, dass wir noch heute von einer Gleichzeitigkeit progressiver und regressiver Politiken auszugehen haben und »*progressiver Normwandel*« weiter vollzogen wird. Mit Skepsis bewerte ich allerdings ihre Einschätzung, wonach der progressive Normwandel heute noch die Normalität sei und lediglich »zu aversiven Reaktionen und neuen Konflikten« führe (Amlinger/Nachtwey 2022, S. 103). Mir scheint, dass wir uns heute näher an »autoritären Kippunkten« befinden, als dass progressive Politiken in der Lage wären, demokratische Räume entscheidend zu erweitern (Mullis u. a. 2023). Das Gefüge ist komplex und wider-

sprüchlich. Daher stimme ich Frasers eingangs zitierter Aussage zu: Es bedarf eines genaueren Verständnisses davon, wie sich Akteur:innen selbst verstehen, was sie als wichtig erachten, wo sie in Streit geraten und »was sie zu politischem Handeln veranlasst«.

Ein Punkt ist mir allerdings wichtig: Theorie ist mit Sicherheit hilfreich, vor allem bedarf es aber einer genauen empirischen Grundlage, auf der Theorie entstehen kann. Auf der Suche nach Antworten habe ich im Rahmen der Arbeiten zu diesem Buch zusammen mit meinem Kollegen Paul Zschocke in Frankfurt am Main und Leipzig rund fünfzig Menschen in qualitativen Interviews befragt, die in räumlich wie sozial peripherisierten Stadtteilen leben und dort im weitesten Sinne in der Mitte der Gesellschaft verankert sind, beziehungsweise von Parteien als solche adressiert werden. Wir haben jeweils einige Zeit in den untersuchten Vierteln verbracht, sie kartiert, dort Veranstaltungen besucht, in Kneipen gesessen und so ein Gefühl für die Stadtteile bekommen. Bevor wir richtig eintauchen, gilt es aber noch die Begriffe *Mitte* und *Rechts* sowie den *Aufbau des Buches* zu erklären.

Mitte – kein analytisches Konzept

Die Mitte, von der ich hier spreche, ist nicht einfach zu bestimmen, zumal sie zugleich ein soziologischer, politischer und identitätsstiftender Ort ist. Im Sprachgebrauch dieses Buches ist Mitte viel mehr als das politische Spektrum, das sich im Zentrum verortet. Gerade in Deutschland gehen mit der Bezeichnung zutiefst normative Vorstellungen einher, insofern sie als Garant für Normalität und Stabilität steht. Menschen, die der Mitte angehören, gelten als »verlässliche Bürger, Wähler, Arbeitnehmer und Konsumenten« (Mau 2012, S. 45), assoziiert wird damit »Ebenmaß, Wohlgestalt und Harmonie« (Prüwer 2011, S. 60). Milieubestimmend ist die zumindest nach außen zur Schau ge-

stellte Ablehnung von Extremismus und die Skepsis gegenüber politischen Experimenten. Allerdings, so schreibt der Soziologe Steffen Mau (2012, S. 7), handelt es sich um ein eher diffuses und an den Rändern ausfransendes Gebilde, das erstaunlicherweise »weitgehend« unerforscht ist. Die Ansprache einer Bevölkerungsgruppe als Mitte erfüllt immer auch einen politischen Zweck. Erzeugt wird das Gefühl von Mehrheit, Wahrheit und Volksnähe. Mitte benennt jene Milieus, die sich als Mehrheitsgesellschaft verstehen, wo Normen bestimmt und fixiert werden, denen sich Menschen anzupassen haben. Wo die Mitte ist und wer daran teilhaben darf, ist umstritten; sie wird von denen, die dazugehören, hart verteidigt. Sie als real existierenden Ort zu bestimmen ist daher ein politischer und gesellschaftlicher Machtakt. Aus all diesen Gründen ist es für dieses Projekt unerlässlich, trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten, die Mitte zu umreißen.

In Deutschland umfasst sie – wenn auch mittlerweile schrumpfend (Mau 2012, S. 59) – wie in den Niederlanden und der Schweiz historisch große Teile der Gesellschaft, übertroffen in Größe und Umfang lediglich von den skandinavischen Ländern (ebd., S. 39). Ihre Formierung ist eng mit dem wirtschaftlichen Boom der drei Dekaden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verbunden. In der DDR, wenn auch unter anderen Vorzeichen, war in der Zeit ebenfalls ein Wachstum der Wirtschaft inklusive einer Steigerung des (kollektiven) Wohlstandes zu beobachten. Soziale Ungleichheit war dort weit weniger ausgeprägt als in der BRD. Eine ökonomische Elite gab es kaum, und die Gesellschaft wurde tendenziell nach unten hin nivelliert, um von dort gemeinsam aufzusteigen. Die im autoritären Staat dennoch ausgeprägte Schichtung wurde eher über politische als über ökonomische Macht vorgenommen (ebd., S. 43–47). In diesem Gefüge diente der Begriff »Arbeiterklasse« analog zur »Mittelschicht« in der BRD als »semantischer Regenschirm« (ebd., S. 50).

In Westdeutschland wandelte sich die soziale Schichtung im Gefüge des Nachkriegsbooms von einer Pyramide mit einem gro-

ßen Sockel an Armen und einer kleinen Spitze Reicher zur sogenannten Bolte-Zwiebel, mit einer schmalen Spitze Reicher, einem dicken Bauch der Mittelschicht und einem flachen Boden an Armut. Dies war der Kontext, in dem der Soziologe Helmut Schelsky (1967 [1953]) seine These der »Nivellierten Mittelstandsgesellschaft« formulierte. Mit ihrem Aufstieg ging für ihn die Hoffnung auf das Ende von Klassenkonflikten einher. Wer der Mittelschicht angehört, genoss lange Zeit (und tut das meist auch heute noch) einen saturierten Lebensstil in der Konsumgesellschaft. Historisch werden ihr das klassische Bürgertum aus Handwerk, freiberuflich Tätigen sowie Besitzer:innen von Klein- und Familienbetrieben zugerechnet. Im Verlauf der Nachkriegszeit rückten zunehmend Angestellte, die heute in der Mehrheit sind, in die Mittelschicht auf (Mau 2012, S. 29). Angehörige der Mitte vertrau(t)en dem Aufstiegsversprechen des Wirtschaftswachstums, der Sicherheit tariflich abgesicherter Arbeitsverhältnisse sowie dem Sozialstaat (Nachtwey 2016, S. 17–41).

Seit den späten 1980er Jahren, insbesondere ab den 1990ern, haben diverse soziologische Studien die sukzessive Erosion der Nachkriegsnormalität beschrieben. Zu nennen sind etwa die Diagnose der Herausbildung einer Risikogesellschaft (Beck 1986), die Analysen der Prekarisierung (Castel/Dörre 2009) sowie die These der Abstiegsellschaft (Nachtwey 2016) oder die Überlegungen zur Individualisierung und Singularisierung (Reckwitz 2017). Gemeinsam ist ihnen der Befund, dass die Mitte nach Jahrzehnten des Nachkriegsbooms unter Druck geraten ist und womöglich gar zerfällt, dass die Einkommensschere sich öffnet, Vermögen sich bei den Wohlhabenderen ballt und das Versprechen des Aufstiegs nicht mehr eingehalten werden kann. Die Mitte ist »erschöpft« (Heinze 2011), heißt es, ihr Ende sei aber nicht in Sicht (Mau 2012, S. 95–98). Den Diagnosen folgend, ist die Mitte von Unsicherheiten durchzogen sowie den durch Neoliberalisierung und Prekarisierung verursachten sozialen Einschlügen exponiert ausgesetzt (Mau 2012, S. 122). Die Normvorstellungen der Mittelschicht und deren gelebte Realitäten